

Rede des irischen Premierministers Bertie Ahern vor dem irischen Repräsentantenhaus (Dáil Éireann) aus Anlass der 26. Verfassungsänderung (Dublin, 10. September 2002)

Quelle: Rede des irischen Premierministers Bertie Ahern vor dem irischen Repräsentantenhaus (Dáil Éireann) aus Anlass der 26. Verfassungsänderung (Dublin, 10. September 2002). [ONLINE]. [s.l.]: Europäische Kommission, [15/1/2007]. Disponible sur http://europa.eu.int/constitution/futurum/documents/offtext/sp100902_de.htm.

Urheberrecht: (c) Europäische Union, 1995-2012

URL:

http://www.cvce.eu/obj/rede_des_irischen_premierministers_bertie_ahern_vor_dem_irischen_repräsentantenhaus_dail_ireann_aus_anlass_der_26_verfassungsänderung_dublin_10_september_2002-de-e6d48860-5397-4b55-929d-e868591cccd4.html

Publication date: 06/09/2012

Rede des irischen Premierministers Bertie Ahern vor dem irischen Repräsentantenhaus (Dáil Éireann) aus Anlass der 26. Verfassungsänderung (Dublin, 10. September 2002)

Herr Präsident (A Ceann Comhairle)!

Ich spreche heute vor dem Dáil Éireann nicht nur als Premierminister oder als Parteichef, sondern auch als irischer Bürger. Im Leben unserer Nation gibt es historische Augenblicke, in denen wir über die Politik hinausgehen müssen. Das Referendum über die Europäische Union ist ein solcher Augenblick.

Wir haben den Scheideweg erreicht, einen Wendepunkt mit weit reichenden Konsequenzen für unser Volk. In einigen Wochen wird das souveräne Volk dieser Republik darüber abstimmen, wie unser Weg in die Zukunft aussehen wird. Das Ergebnis wird in ganz Europa, innerhalb und außerhalb der Union erwartet. Es wird neue Möglichkeiten oder neue Grenzen für Irland bringen. Es wird unseren nationalen Horizont bestimmen. Unsere Entscheidung wird mehr als jede andere Tat unseres Volkes in den kommenden Jahren über unseren Status in der Welt entscheiden und ausschlaggebend dafür sein, ob Irland erfolgreich ist und die richtige Richtung einschlägt.

So stehe ich heute vor dem Dáil Éireann, um meiner tiefsten Überzeugung Ausdruck zu geben, dass Irland mit Ja stimmen muss, wenn wir uns als Gesellschaft, als Volkswirtschaft und als freies Volk weiterentwickeln wollen.

Kritik der Vergangenheit

Die von den Gegnern des Vertrags von Nizza vorgebrachten Argumente klingen vertraut. Ob bei unserem Beitritt zur Europäischen Union oder bei der Übernahme der gemeinsamen Währung, immer wenn das Thema Europa angesprochen wird, singen die Euroskeptiker wieder ihr altes Lied.

Wären wir der Europäischen Union nicht beigetreten – und sie haben auch damals für Nein plädiert – wo stünde Irland heute?

Die EU hat sich als leistungsfähiger Motor des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts in Irland erwiesen. Ohne europäische Hilfe wäre unser phänomenaler Fortschritt nicht vorstellbar gewesen. Ein Irland außerhalb des neuen Europa wäre immer noch das alte Irland mit Arbeitslosigkeit und Abwanderung einer wachsenden Zahl von Menschen, die einem rückständigen Irland den Rücken kehren.

Stattdessen gibt es immer mehr Menschen, die bleiben oder in ein durch Infrastrukturen und Investitionen erneuertes und gestärktes Irland zurückkehren. Das dem so ist, liegt an unserem Beitritt zur Europäischen Union.

Unsere Mitgliedschaft in der Europäischen Union hat nicht nur wirtschaftlichen, sondern auch großen sozialen Fortschritt gebracht. Lohn- und Chancengleichheit sind in weitem Maße unserer Mitgliedschaft in der Europäischen Union zu verdanken. Bessere Beschäftigungsbedingungen, höhere Gesundheits- und Sicherheitsstandards, Arbeitszeitbegrenzung und Schutz junger Arbeitnehmer, Gleichstellung von Mann und Frau bei den Sozialversicherungsausgaben, Mutterschaftsurlaub, Erziehungsurlaub und Kinderbetreuung, all dies wurde in Zusammenarbeit mit unseren europäischen Partnern erreicht.

Hätten wir uns Europa nicht angeschlossen, so wäre vieles von dem, was uns heute selbstverständlich ist, noch fern oder unerreichbar.

Nun kämpfen jene, die kontinuierlich gegen das europäische Projekt angegangen sind, erneut auf der anderen Seite. Doch die Euroskeptiker können sich nicht vor der Geschichte verschließen: Die Europäische Union war gut für Irland, und unsere Mitgliedschaft hat wesentlich dazu beigetragen, unseren Lebensstandard und unsere Lebensqualität zu erhöhen. Seit unserem Beitritt zur EU konnten wir nie gekannte Auslandsinvestitionen ins Land holen. Wir konnten in großem Umfang Arbeitsplätze und

Wohlstand schaffen, weil wir der englischsprachigen Welt als Tor nach Europa dienen.

Dies lässt sich in Zahlen ausdrücken. Der Struktur- und der Kohäsionsfonds haben unsere Entwicklung gefördert durch Investitionen in Straßen, Umweltdienste, öffentliches Verkehrswesen, allgemeine und berufliche Bildung und eine neue Industrie. Zwischen 1973 und 2001 hat Irland 15,5 Milliarden Euro aus diesen Fonds erhalten, 2001 waren es allein 800 Millionen Euro. Dies steht außer Frage und ist die unbestreitbare Realität unserer Mitgliedschaft in Europa.

Im Agrarbereich hat Irland über 29 Milliarden Euro an Marktstützung und direkten Zahlungen erhalten, um die Landwirtschaft zu fördern, die Menschen auf ihrem Grund und Boden zu halten und unsere ländlichen Gemeinschaften zu bewahren. Die zwischen 1973 und 2001 gezahlten GAP-Mittel betragen fast 32 Milliarden Euro, bis 2006 werden wir weitere Milliarden erhalten. Der von 1973 bis 2001 von Europa gezahlte Gesamtbetrag beläuft sich auf rund 45,6 Milliarden Euro.

Unser sozialer und politischer Horizont wurde größer. Insbesondere die Beziehung zwischen Irland und Großbritannien hat sich durch die gemeinsame Mitgliedschaft in der Europäischen Union weiterentwickelt. Dies war entscheidend für unser Streben nach Frieden auf unserer eigenen Insel. So sage ich allen, die in der Vergangenheit behaupteten, eine Mitgliedschaft in Europa werde Irland schaden, dass sie Unrecht hatten. Jenen, die diesen Vertrag heute kritisieren, sage ich erneut, dass sie irren.

Daher bin ich heute hier, um im Einzelnen zu erklären, warum ich so fest davon überzeugt bin, dass wir in dem Referendum über die Europäische Union mit Ja stimmen sollten.

Auf die Menschen hören

Ich möchte klar zum Ausdruck bringen, dass ich die Sorgen verstehe, die die Menschen im vergangenen Jahr dazu bewogen haben, gegen den Vertrag von Nizza zu stimmen. Ich weiß, dass viele von ihnen nicht zur Abstimmung gingen. Viele sagten, sie hätten aus Unsicherheit darüber, was richtig sei, nicht teilgenommen.

Es herrschte Verwirrung, und ich denke, die Verantwortung hierfür liegt größtenteils bei uns, die wir einen Führungsauftrag haben, also sowohl Politikern als auch Sozialpartnern, die die Fragen so weit wie möglich klären sollen, damit die Menschen in Irland auch wirklich in Kenntnis der Sache ihre Wahl treffen können.

Die Verantwortung liegt auch bei anderen, die mit einer Politik der Verwirrung politisch taktieren.

Wir für unseren Teil haben auf das irische Volk gehört. Wir haben Problempunkte angesprochen wie die Neutralität und die wirksame parlamentarische Kontrolle der EU. Wenn die Menschen also nach dem Grund für eine erneute Abstimmung über den Vertrag von Nizza fragen, dann sage ich, dass es viele zwingende Gründe gibt.

Erstens ist dies eine Entscheidung von äußerster Bedeutung für Irland, mit tief greifenden Auswirkungen auf unseren langfristigen Wohlstand und unsere Rolle in der Welt.

Zweitens hat die Regierung Maßnahmen ergriffen, um den Kontext zu ändern, in dem die Entscheidung gefällt wird. Die Erklärungen von Sevilla haben bestätigt, dass der Vertrag von Nizza unsere Politik der militärischen Neutralität nicht gefährdet. Die vorgeschlagene Verfassungsänderung untermauert dies, indem sie klarstellt, dass Irland niemals zu einer gemeinsamen Verteidigung verpflichtet sein wird, sofern die irische Bevölkerung sich in einem Referendum nicht anders entscheiden sollte.

Drittens hat es zum allerersten Mal eine strukturierte nationale Debatte im National Forum gegeben, und die Regierung hat strenge neue Regelungen eingeführt, um das Parlament (Oireachtas) bei der Beobachtung der EU-Angelegenheiten wirksamer unterstützen zu können.

Viertens und letztens haben uns unsere jetzigen und unsere künftigen Partner in Europa gebeten, diese Frage

vor dem veränderten Hintergrund erneut abzuwägen. Insbesondere für die Bewerberländer hat das Ergebnis tief greifende Folgen.

Mit einfachen Worten, wir bitten das irische Volk, erneut über diese schwierige Entscheidung abzustimmen, weil dies sowohl für andere als auch für uns selbst richtig ist; weil seit der ersten Abstimmung erhebliche Fortschritte im Umgang mit den Sorgen der Menschen erzielt wurden, und weil diese Entscheidung den Lebensnerv unserer Bestrebungen für die Zukunft Irlands bildet.

Die von der Regierung angesprochenen Themen der Neutralität und der wirksamen Kontrolle des Oireachtas in Bezug auf EU-Angelegenheiten sind eine substantielle Antwort auf die in dem ersten Nizza-Referendum zum Ausdruck gebrachten Bedenken. Unsere Verpflichtung, ein Referendum durchzuführen, bevor Irland in eine gemeinsame europäische Verteidigungspolitik einbezogen werden kann, muss in der Verfassung unseres Landes festgeschrieben werden. Konstitutioneller Schutz ist das oberste Gebot – in der Regierung für und durch die Menschen.

Wir haben zugehört und wir haben gelernt; wir haben hart gearbeitet, um die Fragen zu beantworten und auf die Sorgen der Menschen einzugehen. Es wurden wichtige Themen angesprochen, und der Kontext hat sich nun geändert.

Ich möchte hier zur Vorsicht mahnen. Dies ist ein Vertrag von größter Bedeutung für die Staaten und Völker Europas. Sie verfolgen unsere nationale Debatte genau. Zu Recht erwarten sie von den Iren, dass sie ihre Entscheidungen auf der Grundlage des Vertrags von Nizza treffen.

Wir, das irische Volk, sind es uns selbst schuldig, auf der Grundlage des Vertrags von Nizza zu entscheiden.

Es wurden bereits Themen wie die Freizügigkeit von Arbeitnehmern und die Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik angesprochen. Diese Themen haben mit dem Vertrag von Nizza nichts zu tun. Sie gehören zum Alltagsgeschäft der Europäischen Union.

Irland hat geschickt taktiert, um seine nationalen Interessen in Europa zu schützen und voranzubringen. Wir haben unsere Ziele nicht durch Drohungen oder Wutausbrüche erreicht. Wir haben sie erreicht durch Allianzen und Kompromisse. Der Versuch, den Vertrag von Nizza als ein Druckmittel im Unionsalltag anzusehen, wäre kurzsichtig und falsch.

Und das Referendum über den Vertrag von Nizza parteipolitisch zu nutzen, würde bedeuten, sich ins eigene Fleisch zu schneiden. Die Schwächung der Position Irlands durch ein negatives Abstimmungsergebnis wird es jeder Regierung erschweren, wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt zu erzielen.

Ja zu Arbeit, Wachstum und Irlands Zukunft

So sollte sich die Debatte, die hier beginnt, auf die wirklichen Konsequenzen unserer Entscheidung konzentrieren. Und meine heutige Botschaft ist: Stimmen Sie für Arbeit, Wachstum und Irlands Zukunft.

Jedes Mal, wenn Irland für einen neuen Vertrag über die Europäische Union abstimmte, konnten Beschäftigung, Handel und Investitionen ausgeweitet werden. Wir haben mehr als jeder anderer Mitgliedstaat der Europäischen Union profitiert.

Und wir werden wieder profitieren, wenn Irland mit Ja stimmt. Der Vertrag ist für Irland ein gutes Geschäft. Er schützt unsere Rechte und unsere Rolle in der Europäischen Union.

Einige der Skeptiker befürchten im Fall einer Vertragsratifizierung den Verlust an Macht und Einfluss sowie des Rechts, ein Mitglied der Europäischen Kommission zu stellen. Dies ist ein Ablenkungsmanöver. Tatsächlich stellt der Übergang zu diesem Vertrag erstmals ein Gleichgewicht zwischen den Mitgliedstaaten her in Bezug auf die Mitgliedschaft in der Kommission. Derzeit dürfen die fünf größeren Länder – Deutschland, Frankreich, Spanien, Italien und Großbritannien – zwei Mitglieder der Europäischen

Kommission ernennen. Kleinere Staaten wie Irland dürfen nur ein Mitglied stellen. Doch ab 2005 hat Irland nun wie alle anderen Mitglieder ein Kommissionsmitglied. Und dies wird so bleiben, bis die Zahl der Mitglieder 27 Nationen umfasst. Von da an gilt für das Recht, ein Kommissionsmitglied zu stellen, das Rotationsprinzip auf der Grundlage strikter Gleichberechtigung.

Dieses System wird garantieren, dass Irland genauso vertreten ist wie die größten Staaten und dass es das gleiche Recht auf Vertretung haben wird wie Deutschland, Frankreich und jedes andere Mitglied.

Wenn kein Zweifel mehr besteht an den Vorteilen, die Irland aus der Mitgliedschaft in der Europäischen Union gezogen hat, dann müssen wir die Frage stellen: Ist es richtig, anderen diese Chance zu nehmen? Ist es richtig, anderen europäischen Nationen die Mitgliedschaft in dieser Union zu verwehren und sich so weiterzuentwickeln? Ist es richtig, Menschen abzuweisen, die die Chance, zum übrigen Europa zu gehören, unbedingt wünschen und brauchen, um ihren Lebensstandard zu verbessern und ihren sozialen Fortschritt zu sichern?

Die Antwort ist, dass es nicht richtig ist, so vielen unserer europäischen Mitbürger die Chance auf ein besseres Leben zu verwehren. Irland sollte kein Hindernis auf dem Weg anderer Nationen sein. Ihr Fortschritt ist unsere Chance.

Die grundlose Furcht vor massiver Einwanderung

Ich weiß, es gibt einige Stimmen, die das Schreckgespenst heraufbeschwören, der positive Ausgang dieses Referendums werde zu einer Einwanderungswelle führen. Von all den Einwänden, die ich gegen diesen Vertrag gehört habe, ist dies der schlimmste und unwürdigste.

Der schlimmste, weil er einfach nicht der Wahrheit entspricht. Dies ist schamlose und geschmacklose Propaganda. Es ist Fakt, dass die Furcht vor Massenwanderungen bei früheren Erweiterungen – als beispielsweise Spanien und Portugal der Union beitraten – völlig haltlos war.

Doch was mich wohl am meisten an dem Vorwurf einer möglichen Einwanderungswelle stört, ist das, was er darüber aussagt, wie die Vertragsgegner uns als Volk sehen. Sicherlich wollen wir keine Mauer um diese Insel ziehen und allen anderen sagen, sie seien nicht willkommen. Dies ist die Nation der großen irischen Diaspora. Die Einwanderer, die von hier auszogen, und ihre Nachfahren haben weltweit Führungsverantwortung übernommen und Nationen aufgebaut. Es gibt absolut keinen stichhaltigen Grund, anzunehmen, dass die Erweiterung große Wanderungsbewegungen auslösen wird.

Die beste Möglichkeit, jetzt und künftig dafür zu sorgen, dass Irland nicht zum Wanderungsmagneten wird, besteht darin, andere Länder wirtschaftlich zu stärken, nicht zu schwächen. Das Beste ist, ihren Standard dem unseren anzupassen und ihnen zu ermöglichen, mit uns gemeinsam in eine neue Ära des Wachstums und der Chancen aufzubrechen. Genau das hat Europa für Irland getan. Und das ist es, was Europa für diese Länder tun wird.

Es gibt absolut keine Anzeichen dafür, dass Irland bei der Erweiterung ein Problem mit der Freizügigkeit von Arbeitnehmern bekommen wird.

In jedem Fall steht es Irland - wie jedem anderen Mitgliedstaat auch - frei, Maßnahmen zum Schutz des Arbeitsmarktes zu ergreifen.

Die im vergangenen Juni erzielte Vereinbarung zwischen den jetzigen Mitgliedstaaten, einschließlich Irland, und den Bewerberländern sieht vor, dass die Mitgliedstaaten zwei Jahre lang ihre eigene nationale Politik bezüglich der Freizügigkeit von Arbeitnehmern auf die Bürger der neuen Mitgliedstaaten anwenden können. In Irland wird unsere Politik natürlich durch die Bedingungen unseres Arbeitsmarktes bestimmt werden.

Nach den ersten beiden Jahren der Erweiterung hat Irland - wie die anderen Mitgliedstaaten auch - die Möglichkeit, seine bestehenden nationalen Maßnahmen weitere drei Jahre fortzusetzen. Nationale

Maßnahmen können mit Einverständnis des Ministerrates nötigenfalls für weitere zwei Jahre angewendet werden.

Ausweitung des Außenhandels und der Investitionen

Ein erweiterter EU-Binnenmarkt wird Irland eine Ausweitung von Handel, Investitionen und Beschäftigungsmöglichkeiten bringen. Irische Exporte in die zehn größten Bewerberländer sind von 160 Millionen Euro im Jahr 1994 auf 1.190 Millionen Euro im Jahr 2000 gestiegen. Das entspricht einer Versiebenfachung. Und solche Exporte werden in Zukunft stark zunehmen, da diese Länder ihren Wohlstand anheben und ihre Integration in die Europäische Union verbessern werden. Ein negatives Votum würde diesen Handelstrend gefährden und sich nachteilig auf die Arbeitsplätze in Irland auswirken.

Irland benötigt auch ein Ja, um die ausländischen Direktinvestitionen in unserer Volkswirtschaft zu erhöhen. Ausländische Firmen stellen in Irland direkt fast 140.000 Arbeitsplätze und unterstützen indirekt viele Tausend weitere. Daher können wir uns wirklich als das Tor der Vereinigten Staaten nach Europa präsentieren. Freier Zugang zum europäischen Markt hat für ausländische Direktinvestitionen eine große Anziehungskraft, da 70% unserer Exporte in die Europäische Union fließen. Sollten wir mit Nein stimmen, dann würden im Ausland niedergelassene Firmen davon ausgehen, dass wir uns völlig zurückziehen von unserer Position in Europa, von unserem Engagement für den europäischen Binnenmarkt sowie von der Ausweitung dieses Marktes durch die Erweiterung - eine Ausweitung um 100 Millionen neue Kunden - mit der ein fast 500 Millionen Kunden umfassender europäischer Markt geschaffen wird.

Dieses negative Signal für ausländische Investoren würde von unseren Mitbewerbern erkannt und ausgenutzt. Es ginge auf Kosten neuer Unternehmen, neuer Arbeitsplätze und neuen Wachstums.

Wir haben aus dem Protektionismus vergangener Jahre unsere Lehren gezogen. Wir haben uns richtigerweise entschlossen, die erfolglose Ära des Protektionismus hinter uns zu lassen und den Weg des offenen Weltmarktes zu gehen. Dreh- und Angelpunkt dieses Engagements ist unsere Mitgliedschaft in der Europäischen Union.

Diese Mitgliedschaft hat uns nicht nur einen großen Handelsvorteil gebracht. Sie hat uns auch ein stabiles makroökonomisches System mit beispiellos niedrigen Zinssätzen beschert. All dies hat Irlands wirtschaftliche Entwicklung unterstützt. Es würde dem ganzen Streben der europäischen Wirtschaftspolitik zuwiderlaufen – einer Wirtschaftspolitik, die alle Regierungen in den vergangenen Jahrzehnten praktiziert und optimiert haben, einer Wirtschaftspolitik, die erfolgreich nahezu Vollbeschäftigung erzielte und schließlich die unfreiwillige Abwanderung beendete –, sollten wir uns von unserem uneingeschränkten Engagement für einen sich vergrößernden europäischen Binnenmarkt zurückziehen. Dies wäre ein verheerender Rückschritt für Irland.

Was uns im europäischen Haushaltsverfahren schaden würde, wäre nicht ein Ja-, sondern ein Nein-Votum. Würde Irland dem Fortschritt Steine in den Weg legen, würden unsere Partner kaum auf unsere Prioritäten eingehen wollen. Tatsache ist, dass wir in Kürze in die nächste Haushaltsrunde sowie die bevorstehende Halbzeitüberprüfung der Gemeinsamen Agrarpolitik gehen. Hierbei sollte unser Ziel sein, unsere Familienbetriebe in der Landwirtschaft zu schützen und die Errungenschaften zu sichern, die wir in der Agenda 2000 in Berlin erzielt haben. Wir stehen vor schwierigen Verhandlungen. Wir müssen hineingehen aus einer starken und zentralistischen Position heraus, nicht aber mit einer Verweigerungshaltung.

Der Beitrag der Europäischen Union zum Frieden

Anerkennung wem Anerkennung gebührt. Ich glaube, der Europäischen Union gebührt Anerkennung für ihre Unterstützung des Friedensprozesses auf dieser Insel. Die finanzielle wie politische Unterstützung hat die wirtschaftliche Entwicklung im Norden wie im Süden und insbesondere in den Grenzregionen gefördert.

Seit 1995 hat die EU rund 1,3 Milliarden Euro an Strukturfondsmitteln zur Förderung des Friedensprozesses bereitgestellt. Diese Beihilfen konzentrierten sich insbesondere auf Investitionen in Nordirland und den

Nachbarregionen der Republik. Und sie konzentrierten sich auf die in den Jahren der Gewalt am stärksten betroffenen Gebiete und Personen. Dies ist ein weiteres konkretes Beispiel dafür, dass die EU bisher gut für Irland war.

Der Einigungsprozess

Letztlich ist ein Nachdenken über den Friedensprozess vielleicht die beste Grundlage für eine Abstimmungsentscheidung. Wir wissen hier auf dieser Insel um die Bedeutung politischer Teilung und Abgrenzung. Ein gespaltenes Land oder ein gespaltener Kontinent ist kaum vereinbar mit dem Geist einer republikanischen Staatsform, den wir meiner Überzeugung nach alle im Herzen tragen.

Die Grundsätze, die uns zu der Verwirklichung des Ziels einer einzigen irischen Nation durch beiderseitiges Einvernehmen und Verständnis zwingen, sind die gleichen Grundsätze, die eine erweiterte Europäische Union beseelen:

dass größere Einheit zu größerer Stärke führt,

dass wir durch eine gemeinsame Geschichte und ein gemeinsames Schicksal verbunden sind und

dass wir alle einen Raum schaffen wollen, in dem wir in Frieden und Toleranz leben und unsere Kinder ein noch besseres Leben in einem noch besseren Irland aufbauen können, das uneingeschränkt und wahrhaftig Teil eines besseren Europas ist.

Irland sollte an diesem historischen Scheideweg die Richtung vorgeben und keine Steine in den Weg legen. Lassen sie uns Irland und ganz Europas zuliebe den richtigen Weg gehen. Wählen wir den Fortschritt, indem wir mit Ja stimmen! Ja für Beschäftigung, für Wachstum und für Irlands Zukunft.